

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

=====

ARBEITERSCHAFT



=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

=====

Nov.-Dez. 1951 Nr. 66 Preis S 2,-

=====

ZUR LAGE IN ÖSTERREICH

Bei keinem Lohn- und Preispaakt sind die Preise so stark gestiegen, die Reallöhne so tief gesunken, wie beim letzten im Juli 1951. Es gibt keine verlässlichen Statistiken oder Indexe, durch die wir den genauen Prozentsatz des Sinkens der Reallöhne nachweisen können. Wenn wir schätzen, daß die Reallöhne seit Juli 1951, einschließlich der seit anfangs November gestarteten "Preissenkungsaktion", um 15% gesunken sind, so befinden wir uns damit in den Reihen der ernstesten Beobachter. Diesem Ergebnis der Politik der SP- und Gewerkschaftsführung steht auf der anderen Seite die Tatsache gegenüber, daß die Kapitalisten imstande waren, ihre Profite zu behaupten, wenn nicht gar zu vergrößern. Der Beweis dafür ist, daß die österreichischen Kapitalisten relativ am meisten von allen europäischen investieren und ihr Luxus dauernd ansteigt.

Die Mietzins"regelung"

Bei den Verhandlungen über den 5. Lohn- Preispaakt stellte die ÖVP die Forderung nach der Valorisierung der Mietzinse, der Wiederherstellung der Hausherrnrente auf. Die SP- und Gewerkschaftsführung stimmten grundsätzlich zu, nur setzten sie durch, daß diese Regelung auf den Herbst verschoben wurde. Sie glaubten eine dosierte Belastung bei den Massen leichter durchbringen zu können. Es wurde schon damals festgelegt, daß die "Abgeltung" 30.- Schilling für jeden Arbeiter und Angestellten betragen soll.

Die Folge davon war, daß in die Preistreibereien nach dem 5. Lohn- und Preispaakt die "Belastungen" aus der bevorstehenden Mietzins"regelung" gleich eingeschlossen wurden, was die Kapitalisten aber nicht hinderte, bei der Verwirklichung der "Regelung" die ihnen "gesetzlich erlaubten" Preiserhöhungen vorzunehmen, also doppelt anzurechnen.

Die "Belastungen für die Wirtschaft", die aus der Mietzins"regelung" entstanden, wurden somit auf die Massen abgewälzt. Aber nicht nur die finanziellen Auswirkungen dieser "Novellierung des

Mietengesetzes" mußten die Massen tragen, die damit erfolgte Preisgabe einer wichtigen Errungenschaft der Arbeiterklasse, die nicht einmal die Nazi beseitigen konnten, wiegt noch schwerer. Den Hausherren wurde ein Einkommen von einigen Hunderten Millionen Schillingen aus den Mietzinsen geschaffen, über das sie fast unbeschränkt verfügen können, das sie im schlimmsten Falle in ihren Häusern, die dadurch in ihrem Werte steigen, investieren müssen. Die Arbeiterklasse empfand die Mietzins"regelung" als eine kampflose Niederlage, die ihr von SP- und Gewerkschaftsführung beigebracht wurde.

Die "Preissenkungsaktion"

Die unmittelbare Folge auf die Preistreiberei in den ersten Monaten nach dem 5. Lohn- und Preisakt war die Forderung der Arbeiter in den Betrieben nach Lohnerhöhungen. Die SP-Bürokratie stellte sich diesen Forderungen entgegen. Es kam nur zu isolierten Kämpfen, wie z.B. in einem Teil der Metallindustrie und im Baugewerbe, die mit Teilerfolgen endeten. Die Gewerkschaftsführung war gezwungen, diese Kämpfe anzuerkennen und bezeichnete sie als "Nachziehverfahren", damit die anderen Arbeiter keine Forderungen daraus ableiten können. Das Hauptargument der SP- und Gewerkschaftsführung gegen allgemeine Lohnerhöhungen blieb nach wie vor: Die Arbeiter dürfen keine Forderungen nach Lohnerhöhungen stellen, denn diese führen zur Inflation; das einzige, was man machen könne, sei, für Preissenkungen einzutreten.

Die Inflation ist eine Tatsache, nicht nur in Österreich, sondern in fast allen Ländern. Aber die Ursache dafür sind nicht die Lohnforderungen der Arbeiter, sondern die Profitsucht der Kapitalisten, die die Situation ausnützend, die Preise immer wieder steigern. Nicht die Löhne laufen den Preisen davon, sondern umgekehrt, die Preise den Löhnen.

Ein "Wirtschaftsfachmann" spricht in der "Presse" vom 25.11.51 ein offenes Wort zu dieser Frage: "Solche freiwillige Preissenkungsaktionen inmitten von kostenaufblühenden Tendenzen wirken am Ende nicht anders als alle die Inflation bloß zurückstauenden Maßnahmen amtlicher Preisregelung. Es gibt Fachleute, die eine rasch ablaufende offene Inflation jeder zurückgestauten vorsiehen, soweit die politischen Verhältnisse das zulassen, was aber in Österreich sehr fraglich ist." Zu diesen "Fachleuten, die eine rasch ablaufende offene Inflation vorziehen", gehören vor allem jene Kapitalisten, die auf Grund hoher Kredite viel investiert, Warenlager oder ein ausländisches Bankkonto angelegt haben. Es ist also garnicht wahr, wie die SP- und Gewerkschaftsbürokratie immer sagen, daß niemand ein Interesse an der Inflation haben kann. Es gibt ganze Gruppen von Kapitalisten, die ein großes Interesse damit verbinden.

Es gibt aber auch andere Gruppen von Kapitalisten, denen ein weiteres Ansteigen der Preise Schwierigkeiten bereiten würde. Diese waren die Initiatoren der "Preissenkungsaktion". Die ÖGB-Führung schloß sich der "Preissenkungsaktion der Industrie" an, sie glaubte hier ein Mittel gefunden zu haben, um die unzufriedenen Massen für einige Zeit zu beruhigen. Die Kapitalisten hatten die Preise um 20-25% hinaufnummeriert, um sie dann um 5% bei einigen Artikeln zu senken. Wobei sie nicht zu bemerken vergessen, daß sie diese "Opfer" nur deshalb bringen, um eine feste Relation zwischen Löhnen und Preisen herzustellen, um eine Inflation zu verhindern. Die Lauda und Konsorten haben aber an ihre Preissenkungsaktion auch eine Bedingung geknüpft: Sie wollen das "Opfer der Preissenkung" nur bis zum Jahresende tragen, sie fordern gleichzeitig einen "Belastungsstopp", Steuerfreiheit für die "Scheingewinne" und das "Schilling-eröffnungsbilanzgesetz", wenn bis zum Jahresende nicht auch andere

"Gruppen der Wirtschaft" und der Staat seine Tarife senken, werden sie sich die Sache noch einmal überlegen.

Die Kapitalisten haben hiermit eine wertvolle Atempause erhalten. Sie haben für eine gewisse Etappe ihre erhöhten Profite gesichert. Sie brauchen keine Lohnerhöhungen zu fürchten, denn der ÖGB hat sich verpflichtet, keine Lohnforderungen zu stellen, um die "Preissenkungsaktion" nicht zu stören. Die Koalitionspolitik hat sich wieder einmal als Klassenkampfinstrument für die Kapitalisten bewährt. Die Arbeiterklasse muß die Zeche zahlen.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem neuerlichen Vertrat der SP-Führung ist groß. Ein Ausdruck hierfür ist das Ergebnis der Betriebsrätewahlen. Die stalinistischen Einheitslisten haben besonders in den Großbetrieben in der Provinz (Graz, Kapfenberg, Donawitz, Eisenerz, Linz) Stimmen und Mandate gewonnen.

Auf der anderen Seite verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage fortschreitend. Die schleichende Inflation ist nicht aufzuhalten. Das Passivum der Außenhandelsbilanz nimmt rapid zu. Die Marshallplanhilfe wird gekürzt. Die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Kapitalisten geht dauernd zurück. Starke Einschränkungen des Importes werden notwendig. Die Arbeiterkammer rechnet mit einem neuen Höchststand an Arbeitslosen im heurigen Winter. - Diese unmittelbaren Perspektiven werden eine weitere Verschärfung der Klassegegensätze bringen.

Die Pläne der Kapitalisten und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft

Die objektive Ursache für die weitere Verschlechterung der Lage der österreichischen Arbeiterklasse ist die seit dem Beginn des Koreakrieges forcierte Aufrüstung des Imperialismus, die zu Preissteigerungen auf dem Weltmarkt führte. Die Ursache dafür, daß es den Kapitalisten gelingt, ihre Schwierigkeiten auf die Massen abzuwälzen, ist die verräterische Führung der Arbeiterklasse, SP-, Gewerkschafts- und Stalinbürokratie.

Die SP-Führung erklärt heute den Arbeitern offen: "Wenn ihr die Freiheit wollt, dann müßt ihr auch in Kauf nehmen, daß eure Real-löhne sinken." Die SP-Führung tritt offen für die Aufrüstung ein und erklärt, die "Aufrüstung der 'freien Welt' als einziges Mittel, um den 'Agressor' zu hindern, einen Krieg zu beginnen". Sie fordert nur einen Preis für dieses Entgegenkommen gegenüber dem Kapitalismus: die Erhaltung der "Demokratie" und die Vollbeschäftigung. Beides dünken ihr die wichtigsten Mittel, um sich ihre privilegierten Stellungen zu erhalten.

Ein Teil der Bourgeoisie, die heutige Mehrheit in der ÖVP, ist gewillt, diesen Preis zu zahlen. Aber hinter den Figl & Co., den offiziellen Koalitionspartnern der SP, stehen die Raab & Co., die im letzten Sommer die Führung der Partei übernommen haben. Diese fordern ein festeres Vorgehen gegenüber der SP, eine Einschränkung der Kontrollen (Devisen, Außenhandel usw.) und eine Herabsetzung der "sozialen Lasten". Diese Scharfmacher in der ÖVP, hinter denen die Industriekapitalisten stehen, führen auch einen entschlossenen Fraktionskampf gegen die von Figl und Kraus vertretenen Großbauern (siehe die Angriffe Laudas gegen Kraus). Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß die SP-Führung den Agrariern immer wieder Konzessionen, wie z.B. die letzte Fleischpreiserhöhung, macht, um bei ihnen Unterstützung gegen die Handelskammer zu haben.

Die Konzeption der Industriekapitalisten ist eine andere als die der Regierung. Sie fordern, ähnlich wie die Regierung Pleven in Frankreich, größte Sparsamkeit, Einschränkung der Sozialversicherungen, Einschränkung der Investitionen (vor allem der staatlichen)

und die Aufgabe der "Vollbeschäftigung um jeden Preis". Sie sind der Ansicht, daß es dadurch zur Bildung einer ständigen industriellen Reservearmee von Arbeitslosen, zu einem Rückgang des Warenmangels und, was ihnen das Wichtigste ist, zu einer durch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander bedingte Steigerung der Produktivität der Arbeit kommen wird.

Die Industriellenvereinigung hat ihre "Preissenkungsaktion" nur als Atempause gedacht, um ihren "Sanierungsplan" vorbereiten zu können. Über diese Frage wird es noch innerhalb der ÖVP und auch in der Regierung zu schweren Differenzen kommen. Die SP-Führung wird zwar noch bereit sein, eine Reihe von Verschlechterungen in der Sozialgesetzgebung in Kauf zu nehmen. Aber in der Frage der Vollbeschäftigung, besser gesagt, was sie darunter versteht, wird sie keine Konzessionen machen können, wenn sie nicht riskieren will, einen entscheidenden Teil ihres Massenanhanges zu verlieren.

Die Erfolge der Stalinpartei bei den Betriebsrätewahlen in einigen entscheidenden Großbetrieben sind ein Ausdruck für die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der SP-Politik. Viele Arbeiter geben den stalinistischen Listen nicht deshalb ihre Stimme, weil sie für die Volksdemokratie oder für die Friedenstaubenpolitik sind, sondern nur, weil sie in der Stalinpartei die einzige gegen den Kapitalismus in Opposition stehende Partei sehen. Als Partei können die Stalinisten aus diesen Erfolgen wenig Vorteile ziehen. Sie bleiben durch die russische Besatzungspolitik bei den Massen mißkreditiert.

Die Stalinisten haben aus den Oktobertagen 1950 gelernt. Sie passen sich der Lage, die durch eine allgemeine Passivität der Arbeiterklasse charakterisiert ist, besser an. Ihr Hauptziel ist, die materiellen und psychologischen Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu sabotieren und damit die Außenpolitik des Kremles zu unterstützen. Ihr Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur ein Nebenprodukt, das spüren auch die Arbeiter. Daher ist es der Gewerkschaftsbürokratie bis jetzt gelungen, die von den Stalinisten geforderte Überbrückungshilfe zurückzuweisen.

Das Fehlen einer wirklichen Massenbewegung ist die Hauptursache für die geringen Fortschritte der oppositionellen Tendenzen in der SP. Die Hindels-Opposition und die Opposition in der SJ haben eher Rückschritte als Fortschritte gemacht. Ihr bornierter Antikommunismus treibt sie immer mehr in die Arme der Rechten. In der Kriegsfrage, wo sie bisher auf dem Standpunkt der Neutralität festgehalten haben, sind sie umgefallen. Sie sagen: "Es kommt nicht zum Krieg (!?), aber, wenn er wirklich kommen sollte, dann müssen wir selbstverständlich auf der Seite des Westens stehen." Außerdem haben sie so große Angst vor einer Spaltung der verfaulten SP, daß sie jeden ehrlichen oppositionellen SP-Arbeiter zurückstoßen, der für ihre Forderungen auch tatsächlich kämpfen will, nicht nur innerhalb der SP, sondern in den Betrieben, im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Das Schwergewicht der Opposition in der SP verlagert sich immer mehr in die Betriebe, zu jenen SP-Arbeitern, die entschlossen sind, zumeist zusammen mit den stalinistischen Arbeitern, gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie und der Regierung zu kämpfen. Das Schwergewicht dieser Opposition liegt in den Industriezentren in der Steiermark und in Oberösterreich. Der 24-stündige Warnungstreik auf dem Erzberg ist ein Beweis dafür.

Die Problematik dieser Opposition liegt daran, daß sie bei Abwesenheit jeder anderen Führung, früher oder später bei den Stalinisten landen, zumindest im Schlepptau ihrer Politik segeln wird. Vorläufig übt diese Opposition der Betriebsarbeiter einen starken Druck auf die Gewerkschaftsführung aus. Dieser Druck setzt sich auf dem Parteitag fort, als unter Führung von Olah einige Bürokraten Forderungen gegenüber der ÖVP aufstellten, die fast zur Gänze in die Resolution aufgenommen werden mußten. Der Druck von unten

hat die SP-Bürokratie zu einem bewährten Mittel greifen lassen: er soll sich in einer Scheinopposition innerhalb der Partei totlaufen.

Unsere Aufgaben

Fast sechs Jahre Besetzung und die Verratspolitik von SP und Stalinpartei sind an der österreichischen Arbeiterklasse nicht spurlos vorübergegangen. Sie wurde enttäuscht und zum Teil sogar entmutigt. Die internationalen Perspektiven, der drohende 3. Weltkrieg haben in diesem Lande, in dem sich die Interessensphären der Imperialisten und des Kremls schneiden, eine lähmende Wirkung auf die Bewegung der Massen. Nur wenigen Arbeitern, die sich trotz des Verrates ihrer derzeitigen Führung sozialistisches Bewußtsein bewahrt haben, ist der einzig mögliche, der revolutionäre Ausweg aus dieser Lage erkennbar.

Aber die Kampfkraft dieser Klasse ist auf der anderen Seite noch ungebrochen, sie hat seit 1945 noch keine entscheidenden Niederlagen im offenen Kampfe erlitten. Als der VdU bei den Betriebsrätewahlen vor zwei Jahren in wichtigen Großbetrieben Positionen errang, haben viele angenommen, daß dies der Beginn eines Demoralisierungsprozesses sei. Diese Erscheinung ist isoliert geblieben und eher noch zurückgegangen, wie die jetzigen Betriebsrätewahlen zeigen, der VdU hat starke Verluste erlitten. Die Arbeitermassen sind enttäuscht, entmutigt und zum großen Teil passiv, aber noch lange nicht demoralisiert. Sie sind unzufrieden mit ihrer Lage und die besten, die Betriebsarbeiter, suchen einen Ausweg. Es ist unsere Aufgabe, ihnen dabei zu helfen.

Wir müssen uns dabei klar sein, daß wir in den entscheidendsten Fragen gegen den Strom schwimmen. Es ist kaum möglich, in den Reihen der oppositionellen SP-Arbeiter mit unserer vollen Ansicht in der Kriegsfrage aufzutreten, über die Notwendigkeit der Verteidigung der Errungenschaften des russischen Oktober zu sprechen. Es wird auch nicht möglich sein, die Machtfrage, die Frage der Notwendigkeit der Errichtung einer Diktatur des Proletariats in den Vordergrund zu stellen. So eminent wichtig diese Fragen sind, wir würden uns, wenn wir sie als abstrakte Prinzipien propagierten, nur isolieren.

Die Arbeitermassen interessiert in erster Linie nur eine Frage: "Wie können wir zu einem höheren Reallohn kommen?" Für dieses Ziel sind sie unter Umständen auch bereit, zu kämpfen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil verbindet dieses unmittelbare Interesse mit politischen Zielen: ein Teil der SP-Arbeiter mit der Vorstellung, im Parlament eine SP-Mehrheit zu gewinnen, die borniertesten Stalinisten mit der Volksdemokratie.

Wenn wir imstande sind, den Arbeitern zu erklären, wie sie um höhere Löhne kämpfen müssen, mit ihnen gemeinsam kämpfen und ihnen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen die politischen Konsequenzen ihres Kampfes klarmachen, dann werden wir nicht nur ihr Vertrauen gewinnen, sondern in unserer Lage auch das getan haben, was wir tun können, um die entscheidendsten Fragen unseres Programms innerhalb der Arbeiterklasse bekanntzumachen. Es gibt keinen anderen Weg, um den Arbeitern unsere strategischen Lösungen näherzubringen, als ihnen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen zu helfen, ihre Notwendigkeit zu begreifen.

Die schwache Kraft unserer Organisation kann aber nur dann zur wirksamen Hilfe für die Arbeiter werden, wenn sie selbst gewillt sind, im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie die Initiative zu ergreifen, der Rauboffensive der Bourgeoisie entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen. Nur ungleich größere Kräfte als unsere kleine Organisation können sie dazu veranlassen. Die Auswirkungen

der internationalen Lage, der internationalen Aufrüstung auf dieses ausgepowerte Land werden die Lage der Massen noch weiter verschlechtern. Die "Sanierungspläne" der Kapitalisten werden ihnen noch weitere Opfer aufbürden. Die objektiven Bedingungen werden sie zum Widerstand zwingen, wenn sie nicht schwere Niederlagen erleiden wollen.

Der beste Boden für unsere Arbeit bleibt nach wie vor in den Reihen der SP-Arbeiter, besonders in den Betrieben. Die oppositionelle Haltung vieler SP-Arbeiter gegen Partei und Gewerkschaftsführung schafft für uns günstige Bedingungen. Die SP-Bürokraten müssen gegenüber den Betriebsarbeitern vorsichtiger als sonst sein, sie haben Angst, sie an die Stalinpartei zu verlieren. Bei strikter Abgrenzung vom Stalinismus treten wir gegen die Koalitionspolitik, für Lohnerhöhungen auf Kosten der kapitalistischen Profite ein und vertreten nach wie vor in geeigneter Form die "gleitende Lohnskala", die "gleitende Arbeitszeit", "die Produktionskontrolle", den "Lebenshaltungskostenindex", usw. Indem wir den SP-Arbeitern die Zusammenhänge der Preissenkungsaktion erklären, decken wir diesen Betrug auf. Wir sagen ihnen, daß es nur einen Ausweg gibt, den Weg des konsequenten Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, den Kampf für den Sozialismus.

Gegenüber der von den Stalinisten geforderten Überbrückungshilfe verhalten wir uns reserviert. Wir verlangen die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die nur durch einen allgemeinen Kampf der Gewerkschaften erreicht werden können. Sollte es zu größeren spontanen Kämpfen unter Führung der Stalinisten kommen, so schließen wir uns diesen an, indem wir dabei die Erfahrungen des Oktober 1950 verwerten und treten dafür ein, daß diese in erster Linie ein Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Raubpläne und keine Basis für einen Putsch zur Errichtung einer volksdemokratischen Diktatur wird.

14.XII.1951
